

An den Vorsitzenden des  
Richterbundes Rheinland-Pfalz  
Herrn Thomas Edinger  
Kreuznacher Straße 37  
67806 Rockenhausen

## Wahlprüfsteine

Mainz, 22. Januar 2016

**Dr. Volker Wissing**  
Vorsitzender

**FDP Rheinland-Pfalz**  
Am Linsenberg 14  
55131 Mainz

rlp@fdp.de  
www.fdp-rlp.de  
twitter.com/fdprlp  
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541  
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Edinger,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Januar 2016 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

### 1. Beabsichtigte Schwerpunkte der Justizpolitik

- Welche Konzepte haben Sie bezüglich der angesprochenen Herausforderungen der Justiz für die nächsten vier Jahre zur Bewahrung und Stärkung des Justizstandorts Rheinland Pfalz?

*Wir wollen an die sachliche, vertrauensvolle und leistungsorientierte Politik unserer früheren Minister Caesar und Mertin anknüpfen, ohne ideologischen Aktionismus, parteipolitisch motivierte Beförderungsskandale oder unüberlegte Reformpläne. Es muss Ruhe einkehren, damit sich alle Kräfte in der Justiz auf die effektive Erledigung der immer schwieriger werdenden Sachaufgaben konzentrieren können.*

- Was sind die beabsichtigten Schwerpunkte der Justizpolitik Ihrer Partei für die kommende Legislaturperiode?

*Für die FDP ist eine unabhängige, leistungsstarke, transparente und bürgernahe Justiz als Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats und zugleich als ein sehr wichtiger Standortvorteil im Wirtschaftsleben ein zentrales Anliegen.*

- Wie stehen Sie im Flächenland Rheinland-Pfalz zur Erhaltung auch kleinerer Amtsgerichte?

*Unsere Gerichts-Dichte ist Ausdruck der Bürgernähe und der Bürgerfreundlichkeit der Justiz. Kurze Wege sind - gerade in einer alternden Gesellschaft - vorteilhaft, für Bürger wie für Richter, die immer öfter Hausbesuche machen müssen. Bei einer Zusammenlegung kleinster Gerichte wird kaum etwas eingespart, da die Aufgaben dadurch nicht weniger werden und am Ort der Fusion in aller Regel keine leeren Räume vorhanden sind.*

### 2. Ausstattung

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Aufgabenzuweisungen an die Justiz und die Mittelzuweisungen durch das Land in einem dauerhaft stabilen aufgabengemäß angemessenen Gleichgewicht stehen?

*Der Staat muss von Verfassung wegen den Anspruch der Bürger auf eine funktionierende Justiz erfüllen. Diese und andere Pflichtaufgaben müssen absoluten Vorrang haben, bevor freiwillige sonstige Ausgaben realisiert werden.*

- Werden Sie für eine bessere personelle Ausstattung der Justiz und ggf. durch welche Maßnahmen sorgen?

*Bei einer Konzentration auf die Pflichtaufgaben reichen die Einnahmen für eine angemessene Ausstattung der Justiz. Unser Land hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die Justiz in vielen Bereichen kostendeckend arbeitet.*

- Sind Ihrer Ansicht nach insbesondere Staatsanwaltschaften und Strafgerichte ausreichend personell ausgestattet, um den neuen Herausforderungen angemessen zu begegnen?

*Nein! Für ein gutes Funktionieren der Justiz wäre eine personelle 100% - Ausstattung, gemessen an den offiziellen Belastungszahlen, erforderlich.*

- Haben Sie Konzepte, um den belastungsbedingten Erkrankungen und Ausfällen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz entgegenzuwirken?

*Das Personal darf nicht auf Dauer viel höheren Belastungen ausgesetzt werden, als die wissenschaftlich ermittelten Zahlen ausweisen.*

- Welche Konzepte und Pläne haben Sie, um den Umbruch der Justiz von der klassischen Papierakte zum elektronischen Schriftverkehr und der elektronischen Aktenführung zu organisieren?

*Der elektronischen Akte gehört die Zukunft, auch in der Justiz. Da es sich dabei um einen zentralen Punkt der juristischen Arbeit handelt, darf sie aber erst eingeführt werden, wenn sie sicher und funktional ausgereift ist. Der Arbeitsplatz darf nicht zum Experimentierfeld werden.*

- Welche Konzepte haben Sie zur Arbeitsgestaltung, Besoldung für die vor allem im 2. Einstiegsamt betroffenen Arbeitsverhältnisse und deren Zuarbeit für die richterliche und staatsanwaltliche Tätigkeit?

*Gut qualifizierte Arbeitskräfte müssen angemessen bezahlt werden. Sie müssen in ausreichender Zahl bereit stehen, um die höher besoldeten Entscheider fundiert unterstützen zu können. Das Umverteilen von Arbeiten von unten nach oben muss aufhören.*

- Welche Konzepte haben Sie, um zukünftig dem Wunsch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Teilzeitarbeit und Heimarbeitsplatz zu entsprechen?

*Teilzeitarbeit ist in der Justiz unseres Landes seit Jahren selbstverständlich. Heimarbeitsplätze sind, soweit aus besonderen Gründen sinnvoll, zu fördern. Die Sicherheit der IT- Verbindungen, der Datenschutz und die notwendige Präsenz in den Teams bei Gericht oder Staatsanwaltschaft müssen aber jederzeit gewährleistet sein.*

### **3. Besoldung und Versorgung**

- Wie ist Ihre Position zur Wiederherstellung der Amtsgemessenheit der Besoldung und Versorgung?

*In den letzten beiden Legislaturperioden wurde der Öffentliche Dienst im Land benutzt, um Skandale in anderen Politikfeldern finanziell auszugleichen. Die Konzentration auf die staatlichen Pflichtaufgaben ermöglicht es, die Besoldung angemessen anzuheben.*

- Wie berechnen Sie, ob und aufgrund welcher Ausgangsbewertungen eine für Rheinland-Pfalz gültige amtsangemessene Besoldung gegeben/geschaffen wird?

*Die FDP wird sich strikt an den jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu diesen Fragen orientieren.*

- Wie stehen Sie zur Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, um einen Wettbewerb um die geeignetsten Bewerberinnen und Bewerber zwischen den Bundesländern zu vermeiden?

*Die FDP des Landes fordert die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung.*

- Wie stehen Sie zur zumindest grundsätzlichen Übernahme der Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst für Richter und Staatsanwälte? Oder sollen und müssen Beamte (und damit auch Richter und Staatsanwälte) -ggf. aus welchen Erwägungen -Sonderopfer zur Sanierung des rheinland-pfälzischen Haushaltes erbringen?

*Die Sonderopferrolle der Beamten – insbesondere auch ab der Besoldungsstufen B 3/ R 3 - ist diskriminierend. Sie muss beendet werden.*

#### 4. Selbstverwaltung der Justiz

- Wie stehen Sie zur Forderung einer Abschaffung des Weisungsrechts des Justizministeriums gegenüber der Staatsanwaltschaft?

*Auf Betreiben der FDP hat Rheinland-Pfalz vor Jahren als eines der ersten Länder den Status des politischen Beamten für Generalstaatsanwälte abgeschafft. Da Staatsanwälte an Recht und Gesetz gebunden sind, muss auch das Weisungsrecht des Ministers ihnen gegenüber ein Ende finden. Damit kann zugleich die extensive Berichtspflicht der Staatsanwaltschaft, die viel Arbeitskraft aufzehrt, abgeschafft werden.*

- Wie stehen Sie zum Konzept der organisatorischen Selbstbestimmung der Justiz und welche Position nehmen Sie konkret zu einer selbstverwalteten Justiz ein?

*Die FDP fordert mehr Selbstverwaltung der Dritten Gewalt, um ihre Unabhängigkeit und ihre Effizienz zu stärken. Die Dritte Gewalt muss aus der Bevormundung durch die Zweite Gewalt befreit werden. Das Ministerium soll sich auf die Rechtspolitik, Grundsatz- und Haushaltsfragen beschränken. Dort freiwerdendes Personal wird in der Rechtspflege vor Ort dringend gebraucht.*

Mit freundlichen Grüßen

